

Interview mit Omid Nouripour

«Das erschließt sich nicht»

VON MARKUS DECKER, 29.01.12, 18:00h, aktualisiert 29.01.12, 19:26h

Halle (Saale)/MZ. Der sicherheitspolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Omid Nouripour, warnt vor einer Sonderrechtsprechung für das Militär.

Herr Nouripour, was halten Sie von dem Plan des Bundesjustizministeriums, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Militärstrafsachen im Auslandseinsatz einzurichten?

Ich bin da sehr skeptisch. Mir hat bislang noch niemand schlüssig erklären können, warum ein bundesweit zentraler Gerichtsstand notwendig ist. Auch der Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums liefert auf diese Frage keine echte Antwort. Eine Zentralisierung birgt aus meiner Sicht aber Risiken, beispielsweise für die Unabhängigkeit der Rechtsprechung.

Sie befürchten also Kumpanei zwischen Justiz und Militär?

Die Zentralisierung könnte zumindest dazu führen, dass sich eine Sonderrechtsprechung für die Bundeswehr entwickelt. Ich denke, dies kann auch nicht im Sinne der Bundeswehr sein, die sich ja als Teil der demokratischen Gesellschaft versteht und daher nicht zum Fremdkörper mit eigenen Regeln und Grenzen werden darf.

Die Befürworter sagen, nur eine solche Konzentration Sorge für die nötige Fachkompetenz und die erforderliche Schnelligkeit bei den Verfahren. Ist das für Sie kein Argument?

Natürlich kann Konzentration auch Fachkompetenz bündeln. Aus dieser Erfahrung heraus ist es heute schon möglich, auf Ebene der Länder Schwerpunktstaatsanwaltschaften einzurichten. Mir erschließt sich aber nicht, warum im Falle von Militärstrafsachen im Auslandseinsatz nun ein einziger bundeseinheitlicher Sondergerichtsstand geschaffen werden muss.

Im Fall Kundus hat der Rechtsstreit Monate gedauert. Und noch immer sind Klagen anhängig. Manche halten das für eine Zumutung gegenüber der Truppe. Was schlagen Sie vor?

Ich schlage vor, zuerst Ursachenforschung zu betreiben und dann einen Lösungsvorschlag zu machen. Mein Eindruck ist, die Bundesregierung geht hier umgekehrt an die Sache heran. In der Tat ist es eine Zumutung, wenn Verfahren nicht in einer angemessenen Zeit bearbeitet werden. Es darf aber auch nicht der Eindruck entstehen, dass um einer schnellen Bearbeitung Willen die Sorgfalt zu kurz kommt. Auch deshalb bin ich skeptisch im Hinblick auf einen einzigen Gerichtsstand beziehungsweise eine Sonderstaatsanwaltschaft. Ein solcher Zentralort zieht schnell den Verdacht auf sich, zuerst im Sinne der Bundeswehr und erst danach zur Durchsetzung des Rechts zu arbeiten.

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1327827203875>'
